

INFORMATIONEN

aus der amtlichen Statistik

**Nr. 3/ 2005
Juli – September 2005
(1039999-05003)**

Statistisches Bundesamt

Zur Information der Mitglieder des Statistischen Beirats.
Nachdruck oder Berichterstattung nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Inhalt	Seite
Weiterentwicklung der amtlichen Statistik	4
Partnerschaftsgruppe des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)	5
Statistische Woche 2005 in Braunschweig	5
Besuch einer Delegation des Internationalen Währungsfonds	6
Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen	7
Statistisches Jahrbuch 2005 erschienen	7
Jahresbericht 2004 des Statistischen Bundesamtes erschienen	8
Neue Imagebroschüre - aktuelle Visitenkarte unseres Hauses	8
Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung	8
Konferenz „20 Jahre Journal of Official Statistics“	8
Statistik-Seminar „Strategien nationaler Statistikämter zur Bewältigung des zukünftigen Informationsbedarfs“ in Bonn	9
Informationsveranstaltung des i-Punktes bei der Britischen Botschaft in Berlin	10
i-Punkt Berlin beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung	10
Informationstechnik	11
Statistik gewinnt internationalen Wettbewerb im Themenfeld eGovernment	11
Workshop in Berlin informiert über das Projekt eSTATISTIK.core	11
Preise, Verdienste	12
OECD-Konferenz zum Thema Preisstatistik	12
Wahrgenommene Inflation mehr als viermal so hoch wie amtliche Inflationsrate	12
Mikrodaten über Verdienststrukturen für die Wissenschaft	13
Steuern	14
Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes	14
Dienstleistungen, Umwelt	14
Projektbericht zur Erhebung „Nachfrage nach Dienstleistungen 2003“	14
Gesetz zur Straffung der Umweltstatistik	15
Fachgespräch über die „Weiterentwicklung der umweltökonomischen Statistiken“	15
Soziales, Mikrozensus	16
4. Bericht Pflegestatistik 2003 - Ländervergleich: Pflegeheime	16
Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe - neue Statistiken zur Kindertagesbetreuung	16
Scientific-Use-File des Mikrozensus 2003	18
Personalnachrichten	18
Anhang	
Tagungskalender	

Weiterentwicklung der amtlichen Statistik

Der Statistische Beirat hat im September 2005 Eckpunkte zur Weiterentwicklung des statistischen Systems in der 16. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages beschlossen und am 8. September 2005 folgende Pressemitteilung veröffentlicht:

Weiterentwicklung der amtlichen Statistik

Statistischer Beirat formuliert politische Handlungserfordernisse in der 16. Wahlperiode

Die amtliche Statistik ist eine unverzichtbare Säule der Informationsinfrastruktur unseres Landes, stellt der Statistische Beirat, das Gremium der Nutzer, Befragten und Produzenten der Bundesstatistik, fest. Die amtliche Statistik liefert die notwendigen Informationen für politische und wirtschaftliche Entscheidungen, für administratives Handeln, für wissenschaftliche Analysen und für die Orientierung der Bürger. Qualitativ hochwertige amtliche Statistiken stellen daher einen bedeutsamen Standortvorteil dar und leisten einen wichtigen Beitrag zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Wie alle anderen gesellschaftlichen Bereiche steht auch die amtliche Statistik vor großen Herausforderungen. Der tief greifende strukturelle Wandel der Wirtschaft – getrieben von den vier Megatrends der Globalisierung, der Tertiarisierung, der Informatisierung und der demografischen Entwicklung –, die fortschreitende Vertiefung und Verbreiterung der Europäischen Union und die intensiv geführte Debatte um nachhaltige Entwicklung, Bürokratieabbau und Haushaltskonsolidierung markieren dabei die wichtigsten Einflussfaktoren.

Vor diesem Hintergrund steht die Weiterentwicklung des statistischen Systems auch in der 16. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages auf der politischen Agenda. Der Statistische Beirat empfiehlt hierfür folgende Eckpunkte:

1. Damit sich die amtliche Statistik in ihrer Programmgestaltung schneller und flexibler den sich wandelnden Anforderungen anpassen kann, sind ihre rechtlichen Rahmenbedingungen grundlegend zu überprüfen und, wo notwendig, zu flexibilisieren. Dies gilt vor allem für das Bundesstatistikgesetz. Erfahrungen anderer vergleichbarer Länder sind dabei systematisch einzubeziehen.
2. Bei der inhaltlichen Weiterentwicklung des statistischen Programms kommt einer Reform der Unternehmensstatistiken hohe Priorität zu. Um dem wirtschaftlichen Strukturwandel angemessen Rechnung zu tragen, sind statistische Informationen beispielsweise über neue Dienstleistungen und neue technologische Entwicklungen auszuweiten. Um das Gesamtsystem schlank zu halten, sind im Gegenzug Statistiken über an Bedeutung verlierende Phänomene zurückzuführen.
3. Nicht zuletzt die Globalisierung verstärkt die Notwendigkeit zu internationaler Harmonisierung und Standardisierung amtlicher Statistiken. Immer stärker gehen nationale Statistiksysteime im Europäischen Statistischen System (ESS) auf. Deutschland sollte die Fortentwicklung des ESS unter Wahrung der Subsidiarität und unter Berücksichtigung der Kosten und Belastungen intensiv mitgestalten.
4. Bei der permanent notwendigen Überprüfung und Weiterentwicklung des statistischen Programms ist der Systemgedanke der amtlichen Statistik zu berücksichtigen. Das statistische System ist mehr als die Summe seiner Einzelstatistiken. Statt eines weiteren „Ausfransens“ dieses Systems ist eine stärkere fachliche Konzentration geboten.
5. Wie schon in der Vergangenheit muss auch die amtliche Statistik weiterhin ihren Beitrag zu Haushaltskonsolidierung und Entlastung der Wirtschaft und Bürger leisten. Dabei ist auf ein ausgewogenes Kosten-Nutzen-Verhältnis zu achten. Amtliche Statistiken verursachen nicht nur Kosten und Belastungen, sie stiften auch Nutzen.
7. Bundesstatistiken werden in Deutschland arbeitsteilig von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder generiert. Effizienzreserven innerhalb dieses Systems sind, etwa durch Umsetzung des so genannten Masterplans, umfassend zu nutzen. Darüber hinaus sollte im Rahmen einer Föderalismusreform das statistische System organisatorisch und institutionell fortentwickelt werden.
8. Die amtliche Statistik sollte unter Wahrung des Datenschutzes die für die amtliche Statistik erforderlichen Zugangs- und Verwendungsrechte bei Verwaltungsdaten erhalten. Ferner sollten die

Belange der amtlichen Statistik bei der Einführung der steuerlichen Wirtschaftsidentifikationsnummer sowie des elektronischen Handelsregisters berücksichtigt werden.

9. Die Kooperation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik sollte zum Nutzen beider Seiten verbessert werden. Insbesondere sollte die Arbeit der Forschungsdatenzentren der statistischen Ämter im Interesse einer engen Kooperation mit der Wissenschaft als Daueraufgabe verstetigt werden.
10. Deutschland sollte sich an der für 2010/ 2011 geplanten EU-weiten Zensusrunde beteiligen. Dabei sollten alle technischen und rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, diese Zählung deutlich kostengünstiger und belastungsärmer als bisherige Volkszählungen durchzuführen. Zur Vorbereitung sollte bis spätestens 2007 ein Vorschaltgesetz für den Aufbau eines Gebäude-Adressregisters verabschiedet werden. Ferner ist auf eine nachhaltige Optimierung der Melderegister in den Kommunen hinzuwirken.

Partnerschaftsgruppe des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)

Am 16. September 2005 tagte erstmals unter deutschem Vorsitz die Partnerschaftsgruppe des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP) in Luxemburg.

Auf der ASP-Sitzung im Mai 2005 sind für die nächsten zwei Jahre die Amtsleiter von Portugal und Litauen neu in die Partnerschaftsgruppe gewählt und der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, zum neuen Vorsitzenden bestellt worden. Im 2. Halbjahr 2005 setzt sich die Partnerschaftsgruppe aus folgenden Amtsleitern zusammen: Deutschland (Vorsitz), Eurostat, Vereinigtes Königreich (Ratspräsidentschaft), Österreich (Ratspräsidentschaftsanwärter), Frankreich, Litauen, Portugal und Tschechische Republik.

Die ASP-Partnerschaftsgruppe befasst sich mit strategischen Fragen des Europäischen Statistischen Systems und bereitet die ASP-Sitzung vor. Auf der Tagesordnung standen u.a. die Schlüsselthemen der Partnerschaftsgruppe für die nächsten zwei Jahre,

wozu Deutschland als Vorsitzland ein Dokument erstellt hatte. Als wichtigstes Ziel wird nach den Schlagzeilen um Eurostat und nationale Defizitmeldungen in den letzten Monaten die Stärkung des Vertrauens in die amtliche Statistik in Europa und eine transparente kooperative Zusammenarbeit zwischen Eurostat und den Nationalen Statistischen Ämtern gesehen. Vorrang sollten in diesem Zusammenhang die Umsetzung des Code of Practice sowie eine verbesserte Programmplanung und Prioritätensetzung besitzen. Um eine effiziente Arbeit wichtiger statistikrelevanter Gremien, wie ASP und DGINS (Konferenz der Amtsleiter nationaler Statistikämter), zu gewährleisten, wird die Partnerschaftsgruppe Termine und Verfahren überprüfen (z.B. stärkere Einbeziehung der bereits etablierten Netzwerkgruppe). Für die nächste DGINS begrüßte die Partnerschaftsgruppe das von den Niederlanden vorgeschlagene Thema „Making the System Work“ mit Polen als Gastland und den 21./22. September 2006 als Termin.

Weitere Themen waren u.a. die Ergänzung von Regelungsvorschriften durch Kostenschätzungen, die Zukunft des CEIES, die Umsetzung des Code of Practice und das rechtliche Rahmenwerk für Gemeinschaftsstatistiken. Wegen der Bedeutung einer Überarbeitung der Verordnung (Nr. 322/98) über Gemeinschaftsstatistiken bat die Partnerschaftsgruppe, dieses Thema auf die Tagesordnung des nächsten ASP im November 2005 zu setzen.

Die nächste Sitzung der ASP-Partnerschaftsgruppe findet am 16. Dezember 2005 in Wiesbaden statt.

Statistische Woche 2005 in Braunschweig

Vom 26. bis 29. September 2005 fand in den Räumen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig die Statistische Woche 2005 statt. Sie wurde gemeinsam von der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG), dem Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) und der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) veranstaltet.

Zur Eröffnung der Statistischen Woche 2005 wurden Szenarien zum demographischen Wandel betrachtet. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes Johann Hahlen erläuterte unterschiedliche Berichtssysteme

für die Entwicklung von Szenarien zum demographischen Wandel und zeigte auf, zu welchen Teilaspekten des demographischen Wandels welche Berichtssysteme vorliegen.

Der demographische Wandel und insbesondere seine Folgen für die Stadtgesellschaft bildeten auch den thematischen Schwerpunkt im Fachprogramm der Städtestatistiker. Die Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker fand zu diesem Generalthema statt und an den folgenden Tagen diskutierten die Städtestatistiker in verschiedenen Veranstaltungsblocken die unterschiedlichsten Fragen zu Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Städte. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf neue Rahmenbedingungen gelegt, die der demographische Wandel für städtische Funktionen schafft.

Der demographische Wandel beschäftigte selbstverständlich wie schon 2004 auch in diesem Jahr wieder intensiv die Deutsche Gesellschaft für Demographie. Hierbei wurden in vier Plenen Implikationen für das Bildungssystem, Auswirkungen in den Bereichen Altenhilfe und Pflege sowie Auswirkungen auf Siedlungsentwicklung und Raumordnung diskutiert.

Das Hauptthema der Deutschen Statistischen Gesellschaft für die diesjährige Statistische Woche war Fragen fehlender und fehlerhafter Daten gewidmet und wurde an drei aufeinander folgenden Tagen in Teilveranstaltungen bearbeitet, die alle unter der Leitung von Prof. Dr. Ulrich Rendtel stattfanden. Der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes Walter Radermacher berichtete dabei über fehlende und fehlerhafte Daten in der amtlichen Statistik und zeigte daraus resultierende neue Herausforderungen und Lösungsansätze auf.

Neben diesen Hauptvorträgen war das Programm der Deutschen Statistischen Gesellschaft in diesem Jahr durch fünfteilige Jahrestagungen geprägt, deren Spektrum neben verschiedenen Methodenfragen unter anderem ausgewählte Aspekte der Arbeitsmarktstatistik, der Finanzmarktstatistik, der Regionalstatistik und vor allem der Preisstatistik abdeckte. Neben Vorträgen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung der Erzeugerpreise für Rechtsberatung, Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung sowie zur Preismessung auf dynamischen Märkten fand in diesem

Bereich der Vortrag von Prof. Dr. Hans Wolfgang Brächinger von der Universität Fribourg (Schweiz) zum Thema „Euro = Teuro? – Ein Prospekt-Theorie basierter Index der wahrgenommenen Inflation“ besondere Beachtung.

Das Programm der Deutschen Statistischen Gesellschaft wurde abgerundet durch Veranstaltungen der Ausschüsse „Methodik Statistischer Erhebungen“, „Regionalstatistik“, „Unternehmens- und Marktstatistik“, sowie „Aus- und Weiterbildung“. Dabei berichteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes über das methodische Konzept zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechniken in Unternehmen, Selektive Fehlerbeseitigung als neues Konzept zur Fehlerbeseitigung bei amtlichen Statistiken, Automatische Fehleridentifikation und Fehlerkorrektur sowie über die automatisierte Datengewinnung aus dem betrieblichen Rechnungswesen. Im Ausschuss „Aus- und Weiterbildung“ referierte Dr. Manfred Ehling unter der Überschrift „Statistikausbildung für die Praxis“ über Anforderungen an das Studium in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften aus der Sicht des Statistischen Bundesamtes. Dr. Ehling wies in seinem Vortrag auch darauf hin, dass der Themenkomplex der Statistikausbildung im kommenden Jahr auch Thema des gemeinsam von der Deutschen Statistischen Gesellschaft und dem Statistischen Bundesamt veranstalteten wissenschaftlichen Kolloquiums 2006 sein wird, das im November 2006 in Wiesbaden stattfinden wird.

Die nächste Statistische Woche findet vom 18. bis 21. September 2006 in Dresden statt.

Besuch einer Delegation des Internationalen Währungsfonds

In der Zeit vom 5. bis 20. Juli 2005 prüfte eine sechsköpfige Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Qualität ausgewählter Statistiken. Vom IWF wurde bewertet, inwieweit die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Erzeugerpreisstatistik, die Statistik über die öffentlichen Finanzen und die Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank internationale Standards und Kodizes einhalten. Die IWF-Vertreter führten zahlreiche Gesprä-

che – nicht nur mit den Kolleginnen und Kollegen der betreffenden Fach- und Querschnittsabteilungen des Statistischen Bundesamtes, sondern auch mit wichtigen Nutzern amtlicher Statistiken in Wiesbaden, Frankfurt und Berlin, mit der Europäischen Zentralbank, mit Vertretern der Statistischen Landesämter sowie den zuständigen Kolleginnen und Kollegen im Bundesministerium der Finanzen und im Bundesministerium des Innern. Insgesamt kam die IWF-Delegation unter der Leitung von Herrn Robert Edwards, Chef der Statistischen Abteilung im IWF, zu dem Ergebnis, dass Deutschland den so genannten Special Data Dissemination Standard voll erfüllt. Mit diesem Standard will der IWF die Transparenz und die Aktualität bei der Veröffentlichung makroökonomischer Daten verbessern. Mit dem Beitritt verpflichten sich die Mitgliedstaaten, eine Reihe klar definierter Indikatoren zu erstellen, die gewissen Anforderungen bezüglich Erhebungsumfang, Häufigkeit und Zeitnähe genügen. Zudem wurde vom IWF festgestellt, dass die deutschen Statistiker bei der Erledigung ihrer Aufgaben eine bemerkenswerte Professionalität zeigen. In den kommenden Wochen erfolgt die Evaluierung der Entwurfsfassung des IWF-Berichts durch die beteiligten Stellen in Deutschland, abschließend wird die Bundesregierung gegenüber dem IWF eine offizielle Stellungnahme abgeben. Der endgültige Bericht wird nach Zustimmung der Bundesregierung vom IWF voraussichtlich noch im Herbst 2005 veröffentlicht.

Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen

Statistisches Jahrbuch 2005 erschienen

Das Statistische Jahrbuch ist der „Klassiker“ unter den Publikationen des Statistischen Bundesamtes und zugleich das umfassendste statistische Nachschlagewerk auf dem deutschen Markt. Es besteht aus zwei Bänden: dem Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland und dem Statistischen Jahrbuch für das Ausland.

Das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland informiert über demographische, öko-

nomische, soziale und kulturelle Verhältnisse und Entwicklungen in Deutschland. Die Entwicklung der Bevölkerung wird ebenso detailliert dargestellt wie die Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, die Löhne, die Preise und die Staatsfinanzen. Angaben zum Bildungs- und Gesundheitswesen, zu kulturellen Einrichtungen und Freizeit sowie Trends bei den Sozialleistungen und im Umweltbereich vervollständigen das Bild. Die Ausgabe 2005 des Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland enthält zahlreiche Neuerungen gegenüber der Vorjahresausgabe: Den 25 Kapiteln ist eine ausführliche Einführung vorangestellt. Die einzelnen Kapitel sind neu strukturiert; erläuternde Ausführungen zu Methodik und Definitionen sind getrennt darin enthalten. Von besonderer Bedeutung sind die inhaltlichen Erweiterungen. So wird zum Beispiel der wachsenden Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien durch Aufnahme eines eigenständigen Kapitels mit dem Titel „Informationsgesellschaft“ Rechnung getragen. Das Kapitel „Arbeitsmarkt“ enthält erstmals Daten zu Erwerbstätigen und Erwerbslosen nach dem international vergleichbaren Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Und das Kapitel „Unternehmen“ bietet zum ersten Mal für alle Wirtschaftsbereiche Informationen zur Zahl der Unternehmen sowie Angaben zu deren Betrieben und Beschäftigten und zum Umsatz.

Das Statistische Jahrbuch für das Ausland informiert über Strukturen und Entwicklungen fast aller Länder der Welt. Ein erster Teil enthält umfassende, zuverlässige und harmonisierte statistische Ergebnisse zur Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten; die Daten für die Eurozone werden vielfach zusätzlich ausgewiesen. Ein zweiter Teil befasst sich mit den politischen, soziodemographischen, kulturellen, wirtschaftlichen, infrastrukturellen und ökologischen Aspekten im weltweiten Vergleich. Die Ausgabe 2005 ist wie bereits die Ausgabe 2004 zweisprachig in Deutsch und Englisch verfasst. Sie enthält erstmals ein Kapitel mit dem Titel „Unternehmen“.

Gleichzeitig mit den beiden Jahrbüchern ist auch eine CD-ROM erschienen, die die Informationen beider Bände im Acrobat-PDF-Format enthält, die elektronische Weiterverwendung der Daten erlaubt und eine Suchfunktion besitzt. Die beiden Statistischen Jahrbücher sowie die CD-ROM sind zusammen in

einem Schuber zum Preis von 84,- Euro erhältlich (Bestell-Nr. 1010100-05700-1, ISBN 3-8246-0743-3). Einzelnen kosten das Statistische Jahrbuch 2005 für die Bundesrepublik Deutschland 67,- Euro (Bestell-Nr. 1010110-5700-X, ISBN 3-8246-0745-1), das Statistische Jahrbuch 2005 für das Ausland 31,- Euro (Bestell-Nr. 1010120-05700-1, ISBN 3-8246-0746-8) und das Statistische Jahrbuch 2005 auf CD-ROM 27,- Euro (Bestell-Nr. 1010100-05700-3, ISBN 3-8246-0744-1). Alle Produkte können über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) oder den Buchhandel bezogen werden.

Jahresbericht 2004 des Statistischen Bundesamtes erschienen

Auf knapp 60 Seiten informiert der zweite Jahresbericht des Statistischen Bundesamtes über die wichtigsten Leistungen und Entwicklungen des Jahres 2004. Das Thema „Innovation“ stand im Jahr 2004 für die amtliche Statistik im Vordergrund und wird daher im Jahresbericht in einem eigenen Kapitel dargestellt. Beispiele für neue Statistikprodukte und das erweiterte Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes sind die neue Gesundheitsausgabenrechnung, die monatliche Veröffentlichung einer international harmonisierten Erwerbslosenzahl und ein erweitertes Datenangebot des Forschungsdatenzentrums. In einem weiteren Kapitel sind die erfolgreichen Modernisierungsmaßnahmen des Statistischen Bundesamtes dokumentiert, mit denen Unternehmen und Bürger im Jahr 2004 von statistischen Meldepflichten entlastet wurden. Zu nennen ist hier der weitere Ausbau der Online-Erhebungen, die Vereinfachung verschiedener statistischer Erhebungen und die verbesserte Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder im Zuge der Reform des föderalen deutschen Statistikersystems. Vier Interviews in verschiedenen Kapiteln des neuen Jahresberichts, davon zwei mit externen Fachleuten, vermitteln Hintergrundinformationen zu den verschiedenen Themen.

Der Jahresbericht 2004 des Statistischen Bundesamtes kann auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) als PDF-Dokument kostenlos heruntergeladen werden.

Neue Imagebroschüre - aktuelle Visitenkarte unseres Hauses

Das Statistische Bundesamt präsentiert sich der Öffentlichkeit mit einer vollständig überarbeiteten Imagebroschüre. Das Heft mit dem Titel „Statistisch gesehen“ ist bewusst anders gestaltet als unsere konventionellen Publikationen und vor allem zur Verteilung auf Messen gedacht. Es ist die aktuelle Visitenkarte des Statistischen Bundesamtes und der Menschen, die dort arbeiten.

Viele Beispiele zeigen, warum eine Wissensgesellschaft auf objektive, politisch neutrale Informationen nicht verzichten kann und warum die amtliche Statistik als Informationsdienstleister in vieler Hinsicht die erste Adresse ist. Vor allem wird „Statistisch gesehen“ helfen, dass noch mehr Menschen als bisher unsere Informationskanäle nutzen - von der Bibliothek über den Auskunftsdienst bis zum Internetportal „destatis.de“.

Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung

Konferenz „20 Jahre Journal of Official Statistics“

Anlässlich des 20-jährigen Bestehens des „Journal of Official Statistics“ (JOS) fand vom 24. bis 26. August 2005 in Stockholm eine internationale Konferenz statt, in deren Mittelpunkt eine Standortbestimmung der Methodenforschung in der amtlichen Statistik stand. Das JOS wird seit dem Jahr 1985 vierteljährlich von Statistik Schweden herausgegeben und gilt international als die wichtigste methodische Fachzeitschrift auf dem Gebiet der amtlichen Statistik. Das Themenspektrum des JOS reicht von Fragen der Erhebungsmethodik, über Gewichtung- und Schätzverfahren bis hin zu Fragen der Präsentation und Verbreitung statistischer Daten. Sämtliche bisher im JOS publizierten Beiträge können kostenlos unter www.jos.nu im Internet heruntergeladen werden.

Die Jubiläumskonferenz diente neben dem Rückblick auf die Entwicklung des JOS vor allem einer Standortbestimmung der Methodenforschung in der amtli-

chen Statistik. An den ersten beiden Konferenztagen standen zudem ganztägige Schulungsveranstaltungen zu den Themen „Standardisierte Messung in statistischen Erhebungen“, „Visuelle Gestaltung von Erhebungsunterlagen und Layouteffekte“, „Weiterentwicklungen auf dem Gebiet der Stichprobenmethodik“ sowie „Analyse von Verzerrungen durch Antwortausfälle (Nonresponse-Bias)“ auf dem Programm.

Die Beiträge verwiesen zunächst auf die durchweg hohe Qualität der in JOS veröffentlichten Beiträge, die durch ein aufwändiges Verfahren für die Bewertung der eingereichten Beiträge nach internationalen Standards erreicht wird. Es wurde ferner darauf verwiesen, dass es den Herausgebern gelungen ist, auch die akademische Statistik und kommerzielle Markt- und Meinungsforschungsinstitute als Leser wie als Einreicher von Beiträgen zu gewinnen. Zugleich sei es dem JOS gelungen, mathematisch-statistische Verfahren ebenso wie Fragen der Erhebungsmethodik ausgewogen abzudecken.

Im Rahmen der Konferenz wurde deutlich, dass die Methodenforschung in den letzten Jahrzehnten eine bemerkenswerte Institutionalisierung erfahren hat. Zugleich wurde darauf verwiesen, dass die amtliche Statistik derzeit methodisch vor neuen großen Herausforderungen steht. In den Beiträgen wurden insbesondere folgende Handlungsfelder genannt:

- Die wachsende Bedeutung international vergleichbarer Daten und Indikatoren erfordert Überlegungen hinsichtlich einer stärkeren methodischen Standardisierung sowie verstärkte Forschungsaktivitäten z. B. hinsichtlich von Ansätzen zur Übersetzung von Erhebungsinstrumenten, zu den Auswirkungen unterschiedlicher nationaler methodischer Konventionen auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse sowie zu den Folgen der gewachsenen kulturellen Unterschiede auch innerhalb von Nationalstaaten für die Vergleichbarkeit.
- Die wachsende Nachfrage nach statistischen Informationen erfordert eine bessere Nutzung und Verknüpfung der vorhandenen Daten, z. B. durch eine weitere Erschließung von Verwaltungsdaten, aber auch den Einsatz von Schätzverfahren zur Bereitstellung von Ergebnissen für

kleine Teilpopulationen (small area estimation) oder von Ansätzen der Datenfusion.

- Der Trend zu geringeren Ausschöpfungsquoten in statistischen Erhebungen hält weltweit an und verlangt nach neuen Reaktionsstrategien. Als Gegenstrategien wurden z. B. der Einsatz neuer computergestützter Erhebungsverfahren oder (mit Verweis auf Deutschland) einer Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte genannt. Schließlich wurde mehrfach betont, dass in Zukunft Erhebungen mit einer Kombination unterschiedlicher Erhebungsarten (mixed mode surveys) die Regel werden, was zugleich dringend weitere methodische Forschung zu den Auswirkungen der Kombination auf die Validität und Reliabilität der Messungen erfordert.
- Schließlich wurde allgemein ein Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften für angewandte mathematisch-statistische Methoden und Erhebungsmethoden beklagt. Als mögliche Reaktion wurde von Ansätzen berichtet, die Kooperation mit Universitäten zu intensivieren, z. B. im Rahmen von Graduiertenprogrammen oder Aufbaustudiengängen für Nachwuchskräfte der statistischen Ämter.

Statistik-Seminar „Strategien nationaler Statistikämter zur Bewältigung des zukünftigen Informationsbedarfs“ in Bonn

Am 6. und 7. Juli 2005 fand im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn ein vom Statistischen Bundesamt und den nationalen Statistikämtern der VR China und der Republik Korea veranstaltetes Seminar zum Thema „Strategien nationaler Statistikämter zur Bewältigung des zukünftigen Informationsbedarfs“ statt.

Eröffnet wurde die Veranstaltung vom Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Herrn Johann Hahlen und von den beiden Leitern des chinesischen und koreanischen Statistikamtes, Herrn Commissioner Li Deshui und Herrn Commissioner Oh Kab Won.

Während der drei Sessions referierten neben den drei Amtsleitern hochrangige Vertreter aus den Bereichen Statistik, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft

und Forschung als Produzenten und Nutzer von amtlichen Statistiken.

Nach Meinung der deutschen, chinesischen und koreanischen Beteiligten war die Veranstaltung, die erstmals in dieser Form durchgeführt wurde, sehr erfolgreich und soll im Jahre 2007 auf Vorschlag des koreanischen Amtsleiters, Herrn Oh Kab Won, in der Republik Korea zu einem anderen Thema wiederholt werden.

Informationsveranstaltung des i-Punktes bei der Britischen Botschaft in Berlin

Im Rahmen der gegenwärtigen EU-Ratspräsidentschaft des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland organisierte der i-Punkt Berlin zusammen mit der britischen Botschaft als Gastgeber am 29. Juli 2005 eine Statistikveranstaltung für den Club der Handels- und Wirtschaftsräte sowie der Arbeits- und Sozialattachés aller in der Hauptstadt akkreditierten Botschaften.

Die erstmals für ausländische Diplomaten in Berlin organisierte Veranstaltung des Statistischen Bundesamtes stand unter dem Leitthema „Informationsdienstleister Statistisches Bundesamt – Zugangswege zur deutschen und europäischen Statistik“. Sie stieß bei den Auslandsvertretungen in Berlin auf große Resonanz, die sich in der Teilnahme von rund 50 Repräsentanten dieses Nutzerkreises amtlicher statistischer Daten widerspiegelte.

Die Veranstaltung wurde durch den britischen Botschafter, Sir Peter Torry, eröffnet. Er hob die statistische Messung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung im deutsch-britischen Vergleich hervor und unterstrich die Bedeutung dieser Informationen für die Planung wichtiger Sozial- und Wirtschaftsreformen auf nationaler und europäischer Ebene.

Der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, dankte dem Botschafter für die Möglichkeit der Präsentation des Statistischen Bundesamtes in einem derartigen Rahmen und schloss einen Vortrag zum Auftrag und Programm, zur Vision sowie zur internationalen Einbindung der amtlichen Statistik in Deutschland an.

Anhand ausgewählter Beispiele stellte die Leiterin des i-Punktes Berlin die Vielfalt der amtlichen Statis-

tik vor und gab einen Überblick über aktuelle und wichtige Entwicklungen im Bereich der Statistik. Anschließend präsentierte sie den Statistiks-service des i-Punktes Berlin für politische Institutionen in der Hauptstadt. Online-Präsentationen zu den Recherchemöglichkeiten in den Datenbanken des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat, schlossen den Vortragsteil ab.

Nach der Präsentation fand eine von Vizepräsident Radermacher moderierte Podiumsdiskussion statt, in deren Verlauf die anwesenden Attachés die Möglichkeit nutzten, inhaltliche und methodische Fragen zum Informationsangebot der amtlichen deutschen und europäischen Statistik an die Vertreter des Statistischen Bundesamtes zu richten. Die Veranstaltung beendete der amtierende Wirtschaftsattaché der britischen Botschaft, Mr. Steve Cook, mit einem kurzen Dankwort für die gelungene Gesamtdarstellung.

i-Punkt Berlin beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung

Am 27. und 28. August 2005 lud die Bundesregierung zum 7. Tag der offenen Tür in Berlin ein. Das Bundeskanzleramt, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sowie alle 13 Ministerien hatten von 10 bis 18 Uhr ihre Türen geöffnet und gaben insgesamt rund 150 000 Besuchern die Möglichkeit, hinter die Kulissen der Politik zu schauen.

Der i-Punkt Berlin des Statistischen Bundesamtes war zum vierten Mal mit eigenem Präsentationsstand im Bundesministerium des Innern vertreten und bot den dortigen rund 10 000 Besuchern die Gelegenheit, sich über die deutsche und europäische Statistik zu informieren. Im Fokus standen allgemeine Fragen zum Informationsangebot der amtlichen Statistik, zu den Statistik-Standorten in Deutschland sowie eine Vielzahl fachstatistischer Themen. Besonderes Interesse galt der Imagebroschüre des Statistischen Bundesamtes sowie der zum Schwerpunktthema des diesjährigen Tags der offenen Tür Bildung und Betreuung informierenden CD-ROM „Fakten über Deutschland: Bildung, Betreuung und Lebenslagen“. Die Demonstration der animierten Bevölkerungspyramide mittels eines Laptops diente

als Blickfang und bot vielen Besuchern Anlass zu Diskussionen und Gesprächen.

Insgesamt war der Tag der offenen Tür der Bundesregierung 2005 eine sehr erfolgreiche Veranstaltung, die dem Statistischen Bundesamt die Möglichkeit bot, sich und seine Produkte einem breiten Publikum in der Hauptstadt vorzustellen.

Informationstechnik

Statistik gewinnt internationalen Wettbewerb im Themenfeld eGovernment

Das Statistische Bundesamt ist Preisträger des 7. Internationalen Speyerer Qualitätswettbewerbes. Mit dem Projekt eSTATISTIK.core, das im März 2005 bereits den 5. eGovernment- Wettbewerb 2005 im Politikfeld „Wirtschaft und Arbeit“ gewinnen konnte, setzte sich ein neues IT-Verfahren gegen 21 Bewerbungen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz im Themenfeld Electronic Government durch. In sieben von acht Kategorien erhielt das Statistikprojekt zur vereinfachten elektronischen Datenübermittlung Bestnoten von Experten aus Wissenschaft und Praxis.

Bundesinnenminister Otto Schily, zu dessen Geschäftsbereich das Statistische Bundesamt gehört, erklärt dazu: „eSTATISTIK.core gehört zu den wichtigsten und zukunftsweisenden Projekten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Es ist gut, dass diese Initiative des Statistischen Bundesamtes für mehr Qualität und Effizienz unserer Dienstleistungen nun auch international ausgezeichnet wurde. Das neue Verfahren der Datengewinnung entlastet die Unternehmen deutlich, vereinfacht die Meldungen zur Statistik beträchtlich und bringt den Statistischen Ämtern durch die online-gestützte Arbeitsteilung enorme Effizienzgewinne.“ eSTATISTIK.core beschreibt ein neues elektronisches Verfahren, mit dem Unternehmen erstmals die Möglichkeit haben, über eine besondere Softwarekomponente statistische Rohdaten aus dem betrieblichen Rechnungswesen automatisch zu gewinnen und sie über das Internet an die statistischen Ämter Deutschlands zu übermitteln. Die Jury des Internationalen Speyerer

Qualitätswettbewerbes lobte insbesondere die exzellente Verknüpfung mit dem Modernisierungsprozess der Bundesverwaltung, den herausragenden Innovationscharakter und die Übertragbarkeit des Konzeptes auf andere Länderverwaltungen. Durch die automatisierte und medienbruchfreie Datengewinnung entstehe ein Nutzen für alle Beteiligten.

Der renommierte Speyerer Qualitätspreis der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften zeichnet besonders innovative Leistungen von öffentlichen Verwaltungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz im zweijährigen Rhythmus aus. Mit 100 Bewerbungen stellte der zum siebten Mal durchgeführte Wettbewerb einen neuen Teilnahme rekord auf. Unter den diesjährigen Preisträgern sind elf deutsche Verwaltungen, die für ihre Modernisierungsprojekte aus sechs verschiedenen Bereichen wie zum Beispiel e-Government oder Personalmanagement prämiert wurden. Weitere acht Projekte deutscher Organisationen wurden besonders gewürdigt.

Die Verleihung des Internationalen Speyerer Qualitätspreises 2005 hat am 28. September 2005 im Rahmen eines zweitägigen Kongresses im österreichischen Linz stattgefunden. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.dhv-speyer.de/qualitaetswettbewerb/.

Workshop in Berlin informiert über das Projekt eSTATISTIK.core

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V. (AWV) und namhaften Softwareherstellern das IT-Verfahren „eSTATISTIK.core“ entwickelt (siehe hierzu auch vorherigen Beitrag).

Die AWV veranstaltete mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit dazu am 8. September 2005 einen Workshop in Berlin. Auch die Presse war eingeladen, sich über das Projekt eSTATISTIK.core zu informieren.

Der Workshop richtete sich nicht zuletzt an Softwarehersteller, damit sich weitere an der Entwicklung solcher Statistikmodule beteiligen. Vertreter von Wirtschaft und Statistik stellen das Projekt vor, bereits aktive Softwarefirmen berichten über ihre

Erfahrungen mit eSTATISTIK.core. „Die Zusammenarbeit von Unternehmen und Statistischen Ämtern ist der Schlüssel zum Erfolg“, so Wilhelm Knoop, Leiter der betrieblichen Altersversorgung Deutsche Lufthansa AG und Vorstandsmitglied der AWW.

„Die Entwicklung von eSTATISTIK.core ist ein wichtiger Beitrag, um die Wirtschaftlichkeit des statistischen Systems zu verbessern und gleichzeitig die Unternehmen zu entlasten“, betont Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und Förderer des Projektes.

Mit Hilfe von eSTATISTIK.core werden bereits Daten für die Lohnstatistik und den Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe versuchsweise gewonnen und an die Statistik übermittelt. „Nachdem wir bei den Piloterhebungen zu einem stabilen Produktionsbetrieb gelangt sind, müssen wir mehr und mehr Unternehmen für die Anwendung des neuen Verfahrens gewinnen“, sagt Johann Hahlen, Präsident des Statistischen Bundesamtes.

Detaillierte Informationen zu eSTATISTIK.core gib es unter www.statistik-portal.de, Pfad Online-Erhebungen.

Preise, Verdienste

OECD-Konferenz zum Thema Preisstatistik

Unter dem Titel „Inflation Measures: Too High – Too Low – Internationally Comparable?“ fand auf Einladung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine Konferenz zum Thema Preisstatistik statt. Vom 21. bis 22. Juni 2005 trafen sich in Paris etwa 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus aller Welt. Neben nationalen statistischen Ämtern waren auch internationale Organisationen (z.B. Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, und die Internationale Arbeitsorganisation) sowie Zentralbanken vertreten. Mit der Ausrichtung dieser Konferenz hat die OECD hauptsächlich zwei Ziele verfolgt: So sollte zum einen den Produzenten und Nutzern der Preisstatistik ein Diskussionsforum geboten werden, zum anderen die internationale Harmonisierung von Verbraucherpreisindizes vorangetrieben werden.

Hauptthemen der Konferenz waren die Weiterentwicklung der Preisstatistik seit dem Boskin-Report (1996), die Krise der Glaubwürdigkeit der Preisstatistik im Zuge der Einführung des Euro sowie die Erfassung von selbst genutztem Wohneigentum.

Der Boskin-Report hat mangelnde Qualitätsbereinigung als mögliche Ursache für eine Verzerrung von Preisindizes genannt. Das Statistische Bundesamt hat seine Methoden durch die Einführung der Hedonik in den letzten Jahren entscheidend weiterentwickelt und darüber in einem Vortrag berichtet. Auch wurde in diesem Zusammenhang über eine intensivere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hedonik auf europäischer Ebene im Rahmen eines CENEX-Projekts diskutiert.

Ein weiteres bestimmendes Thema der Konferenz war die Krise der Glaubwürdigkeit der amtlichen Statistik nach der Einführung des Euro. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen anderen Ländern der Eurozone gab es mit der Einführung des Euro ein Abweichen von „gefühlter“ und offiziell gemessener Inflation. Das Statistische Bundesamt berichtete in diesem Zusammenhang über die Kommunikationsstrategie der deutschen Preisstatistik. Hierzu gehören unter anderem der Blickpunktband „Preisstatistik besser verstehen“, der Indexrechner, monatlich erscheinende Informationskästen zu aktuellen Themen in Wirtschaft und Statistik und Lehrmaterial für Schulen.

Wahrgenommene Inflation mehr als viermal so hoch wie amtliche Inflationsrate

Im Rahmen der diesjährigen Statistischen Woche, die in diesem Jahr vom 26. bis 29. September in Braunschweig stattfand, wurde der von Professor Brachinger von der Universität Fribourg (Schweiz) entwickelte und in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt berechnete „Index der wahrgenommenen Inflation (IWI)“ heute bei einem Pressegespräch erstmals vorgestellt.

Dieser Index weist für die Zeit vom Januar 2001 bis zum Dezember 2002, das heißt in der Zeit ein Jahr vor bis ein Jahr nach Einführung des Euro-Bargelds in den Mitgliedstaaten der Eurozone, in Deutschland mit monatsdurchschnittlichen 7% eine Inflationsrate aus, die mehr als viermal so hoch war wie die vom

amtlichen Verbraucherpreisindex ausgewiesene Rate. Das lässt sich damit erklären, dass in dieser Zeit überdurchschnittlich große Preiserhöhungen gerade bei solchen Gütern auftraten, die durch eine überdurchschnittlich hohe Kaufhäufigkeit gekennzeichnet sind.

„Mit dem IWI haben wir – ausgehend von Erkenntnissen der Wahrnehmungspsychologie – die subjektive Inflationswahrnehmung der Konsumenten nachgebildet“, hielt Professor Brachinger fest. „Der IWI basiert auf drei wesentlichen Annahmen. Erstens werden Preissteigerungen höher bewertet als Preisenkungen. Zweitens schlägt es besonders zu Buche, wenn häufig gekaufte Produkte teurer werden. Und drittens orientiert sich die Wahrnehmung seit der Einführung des Euro-Bargeldes noch an einem mittleren letzten D-Mark-Preis, dessen Einfluss allerdings abnimmt.“

Die Analysen zeigen ferner, dass die Inflationswahrnehmung auch 2005 auf einem Niveau von monatsdurchschnittlich 7,4% verharrt und damit in etwa auf dem Niveau der Zeit um die Euro-Bargeldeinführung. Es besteht also nach wie vor ein sehr deutlicher Unterschied zwischen wahrgenommener und amtlich ermittelter Inflation.

Frau Dr. Bechtold vom Statistischen Bundesamt erläuterte das außerordentliche Interesse der amtlichen Statistik, dass deren Ergebnisse nicht nur von Experten, sondern auch von der breiten Öffentlichkeit akzeptiert werden. Es ist daher ein wichtiges Anliegen, die Kluft zwischen wahrgenommener und gemessener Inflation zu untersuchen und zu berechnen, um die Glaubwürdigkeit der amtlichen Preisstatistik stärken zu können. Aus diesem Grund hat das Statistische Bundesamt Wissen und Zeit seiner Preisstatistikexperten in das Projekt investiert. Mit den nun vorliegenden Ergebnissen kann besser erklärt werden, wieso es zu Unterschieden zwischen subjektiver Inflationswahrnehmung und amtlich ermittelter Teuerung, also Messung der Geldwertstabilität, kommen kann.

Professor Mosler, der Präsident der Deutschen Statistischen Gesellschaft, erklärte dazu: „Die vorgestellten Ergebnisse sind ein deutlicher Beleg dafür, dass wir umso mehr statistische Daten benötigen, je schneller sich unsere Lebensverhältnisse ändern. Die Deutsche Statistische Gesellschaft begrüßt da-

her ausdrücklich die Zusammenarbeit zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft.“

Mikrodaten über Verdienststrukturen für die Wissenschaft

Im Vorfeld einer vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg am 15. und 16. Juli 2005 veranstalteten Nutzerkonferenz zu Mikrodaten über Beschäftigte und Verdienste stellte u.a. das Statistische Bundesamt gemeinsam mit dem Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter, Standort Wiesbaden, im Hessischen Statistischen Landesamt, das Projekt zur Erstellung von Scientific-Use-Files der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 vor. Die anschließende rege Diskussion zeigte das große Interesse an dem ersten „Employer-Employee-Datensatz“ aus der amtlichen Statistik.

Von den Teilnehmern aus der Wissenschaft wurde angeregt, die Daten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung nicht nur mit Angaben zu Tarifverträgen und Tarifgruppen, sondern auch mit den absoluten Verdienstangaben der Tarifstatistik zu verknüpfen, um Aussagen über die Lohndrift machen zu können.

Besondere Beachtung wurde den Merkmalen zur Arbeitszeit insbesondere im Zusammenhang mit den Angaben zu Teilzeitbeschäftigten entgegengebracht. Außerdem wurde dem Nachweis der allgemeinen Qualifikation und der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit eine große Bedeutung beigemessen. Mit Hilfe der in der Lohnstatistik definierten Leitungsgruppen sind Aussagen über die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit hinsichtlich der Entscheidungsbefugnis, der Art der Tätigkeit und der damit verbundenen Selbstständigkeit möglich, die der Tätigkeitsschlüssel der Bundesagentur für Arbeit nicht abbildet.

Die Hinweise der Wissenschaft waren für die weitere Arbeit am Projekt zur Erstellung von Scientific-Use-Files der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001, aber auch für die Weiterentwicklung des Lohnstatistiksystems von großer Wichtigkeit.

Steuern

Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes

Das Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes und anderer Gesetze vom 6. September 2005 (BGBl. I S. 2725), das am 13. September 2005 im Bundesgesetzblatt verkündet wurde, enthält im Wesentlichen folgende statistikrelevanten Änderungen:

In § 5d Abs. 1 Gemeindefinanzreformgesetz wurde die Geltung des derzeitigen vorläufigen Verteilungsschlüssels bis 31. Dezember 2008 verlängert. Zum 1. Januar 2009 erfolgt die Umstellung auf einen endgültigen fortschreibungsfähigen Schlüssel. Das Statistische Bundesamt führt zur Vorbereitung der Umstellung Modellrechnungen mit neu definierten Verteilungsschlüsseln durch.

Nach § 5d Abs. 2 Gemeindefinanzreformgesetz darf das Statistische Bundesamt zur Vorbereitung der Umstellung auf einen fortschreibungsfähigen Schlüssel nach Absatz 1 Tabellen mit Ergebnissen der nach Absatz 1 durchgeführten Berechnungen, auch soweit sie Daten zur Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und den sozialversicherungspflichtigen Entgelten enthalten, den Gemeinden und ihren Spitzenverbänden auf Landes- und Bundesebene übermitteln.

Die Bundesagentur für Arbeit wird nach § 282 Abs. 2b des Dritten Buches Sozialgesetzbuch ermächtigt, zusammengefasste statistische Daten aus der Beschäftigten- und Entgeltstatistik an das Statistische Bundesamt und an die Statistischen Ämter der Länder zu übermitteln, soweit diese für Vorschläge zur Festsetzung des Verteilungsschlüssels für den Gemeindeteil am Aufkommen der Umsatzsteuer nach § 5d des Gemeindefinanzreformgesetzes erforderlich sind. Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder dürfen diese Daten dem Bundesministerium der Finanzen sowie den zuständigen obersten Landesbehörden übermitteln, soweit die Daten für die Festsetzung des Verteilungsschlüssels nach § 5d des Gemeindefinanzreformgesetzes erforderlich sind.

§ 3 des Gesetzes über Steuerstatistiken (StStatG) wurde aufgehoben, weil durch die Verwendung an-

derer Schlüsselmerkmale die Notwendigkeit entfallen ist, Erhebungen nach § 3 StStatG zum Zweck der Gewinnung eines gemeindebezogenen fortschreibungsfähigen Schlüssels durchzuführen.

Die hier angeführten Regelungen sind am 14. September 2005 in Kraft getreten. Redaktionelle Anpassungen, die in § 3 Abs. 1 und 2 Gemeindefinanzreformgesetz vorgenommen worden sind, werden am 1. Januar 2006 in Kraft treten.

Dienstleistungen, Umwelt

Projektbericht zur Erhebung „Nachfrage nach Dienstleistungen 2003“

Bisher waren amtliche statistische Daten nur über das Angebot an Dienstleistungen verfügbar. Die Erhebung „Nachfrage nach Dienstleistungen 2003“ erfasst erstmals die Nachfrageseite und ergänzt damit die bestehenden Daten. Sie wurde von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder auf Basis des § 7 Abs. 2 des Bundesstatistikgesetzes durchgeführt. Von September bis Dezember 2004 wurden Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Baugewerbe, dem Handel, dem Gastgewerbe, dem Verkehr und der Nachrichtenübermittlung, den Unternehmensdienstleistern und den öffentlichen Dienstleistern befragt. Neben den Einkäufen von zwölf verschiedenen Arten von Dienstleistungen wurde auch ermittelt, woher diese Dienstleistungen bezogen werden, welche Barrieren den internationalen Handel mit diesen Dienstleistungen behindern und wie sich die Nachfrage nach diesen Dienstleistungen nach Einschätzung der Unternehmen entwickeln wird.

Der Projektbericht „Nachfrage nach Dienstleistungen 2003“ stellt ausführlich die Methodik sowie alle Ergebnisse der Erhebung dar. Er kann im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) als PDF-Datei oder als Printversion bezogen werden.

Gesetz zur Straffung der Umweltstatistik

Das Gesetz zur Straffung der Umweltstatistik vom 16. August 2005 (BGBl. I S. 2446) ist am 20. August 2005 in Kraft getreten.

In Artikel 1 des Gesetzes wird das Umweltstatistikgesetz (UStatG) neu gefasst. Dies wurde aufgrund der wachsenden Bedeutung der Umweltpolitik und der fortgeschriebenen Rechtsetzung auf EU-Ebene erforderlich. Mit dem neuen Gesetz wird auch der Initiative Bürokratieabbau der Bundesregierung und den Empfehlungen des Statistischen Beirates sowie der Bundesratsinitiative zum Abbau von Statistiken Rechnung getragen (Streichung einzelner Merkmale, Periodizitätsverlängerungen, neue Abschneidegrenzen).

Bedeutsam sind die folgenden Änderungen:

Im Bereich Abfallstatistik wurde eine Erhebung über Abfalleinsammlung gestrichen. Neu eingeführt wurde eine Erhebung über die Erzeugung von Abfall nach Wirtschaftszweigen.

Im Bereich Luftstatistik entfällt die Erhebung der Luftverunreinigungen. Neu in das Programm aufgenommen wurde die Erhebung des klimawirksamen Stoffes Schwefelhexafluorid.

Im Bereich Wasserstatistik wurde die Erhebung der Trinkwasserbeschaffenheit gestrichen. Stattdessen wurde eine Erhebung über Wasser- und Abwasserentgelte eingeführt.

Im Bereich Umweltökonomie entfällt die Erhebung über die Zusammensetzung der Umweltschutzinvestitionen. Neu sind die Verlängerung der Periodizität bei der Erhebung der Aufwendungen für den Umweltschutz und die inhaltlich erhebliche Ausweitung der Erhebung der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz und der in diesem Bereich Beschäftigten.

Nach Artikel 2 tritt dieses Gesetz am 17. August 2005 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Umweltstatistikgesetz vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2530), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3158) außer Kraft.

Fachgespräch über die „Weiterentwicklung der umweltökonomischen Statistiken“

Am 27. September 2005 fand in der Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes in Bonn ein Fachgespräch zu dem Thema „Weiterentwicklung der umweltökonomischen Statistiken - Erfassung und Analyse integrierter Umweltschutzausgaben, des Klimaschutzes und der Beschäftigten im Umweltschutz“ statt. Dazu hatte die Gruppe Umwelt Fachvertreter aus Wissenschaft, Ministerien, Umweltbundesamt, Statistischen Landesämtern und Unternehmen eingeladen. Anlass für diesen Dialog zwischen Auskunftsgewährenden, Nutzern und Fachstatistikern war das neue Umweltstatistikgesetz vom August 2005 (siehe hierzu auch vorherigen Beitrag).

Im Bereich der Umweltökonomie wurde vor dem Hintergrund der Entlastung der Auskunftsgewährenden die Erhebung über die Zusammensetzung der Umweltschutzinvestitionen (§ 16 Abs. 2 UStatG 1994) gestrichen und die Periodizität der Erhebung der Aufwendungen für den Umweltschutz (§ 15 Abs. 1 Nr. 2 UStatG 1994) von jährlich auf 3-jährlich verlängert. Außerdem wurde bei den Erhebungen der Umweltschutzinvestitionen und der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz (§ 15 Abs. 1 Nr. 1 und 2 UStatG 1994) die Höchstgrenze der Auskunftsgewährenden von jeweils 15.000 auf 10.000 Einheiten reduziert.

Gegenstand des Fachgesprächs waren die ab dem Berichtsjahr 2006 geltenden inhaltlichen Ausweitungen der umweltökonomischen Erhebungen. Diese wurden den Teilnehmern detailliert vorgestellt und in der Diskussion ebenso wie in Fachvorträgen von den Teilnehmern in den aktuellen Forschungszusammenhang gestellt. Insgesamt wurden fünf Neuerungen besprochen. (1) Mit dem Einbeziehen des Umweltbereiches Klimaschutz in den Erhebungen der Investitionen und der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz (§ 11 Abs. 1 Nr. 1 und 2 UStatG 2005) werden die Umweltschutzausgaben des Produzierenden Gewerbes durch monetäre Angaben zu den Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung der sechs Kyoto-Treibhausgase ergänzt. (2) Mit der Erweiterung der Erhebung des Umsatzes mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz (§ 12 UStatG 2005) in Richtung erneuerbare Energien

und Ressourcenschonung werden künftig beispielsweise auch die mit der Herstellung von Windkraftanlagen und Solaranlagen erzielten Umsätze erfasst, ebenso die Umsätze dazugehöriger Bau- und Dienstleistungen. (3) Eine Erweiterung der Erhebung des Umsatzes mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz (§ 12 UStatG 2005) mit dem Merkmal der für den Umweltschutz Beschäftigten. (4) Mit § 11 Abs. 2 UStatG von 2005 werden künftig auch die Investitionen und die Beschäftigten von Abfallbeseitigungsanlagen und Abwasserbehandlungsanlagen in die bisherigen Erhebungen aufgenommen. (5) Aufgrund einer Änderung der EU-Verordnung zur strukturellen Unternehmensstatistik werden bereits seit dem Berichtsjahr 2003 die so genannten integrierten Umweltschutzinvestitionen erhoben. Erste Ergebnisse liegen seit 2005 vor (siehe dazu Statistisches Bundesamt Fachserie 19 Reihe 3.1 sowie die Pressemitteilung 150/05 „Erste Zahlen zum vorbeugenden Umweltschutz in der Industrie“ vom 30.03.2005).

Das Fachgespräch wurde von allen Teilnehmern positiv beurteilt. Das Interesse an den umweltökonomischen Ergebnissen, etwa in erneuerbaren Energien, Klimaschutz sowie Beschäftigung ist sehr hoch. Die ab Frühjahr 2008 vorliegenden Ergebnisse des ersten Berichtsjahres 2006 werden Datenlücken schließen. Umweltschutzausgabenrechnungen können dann um Daten für den Klimaschutz ergänzt werden. Davon profitieren auch die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen. Ebenso werden in Zukunft Ergebnisse über die Umweltschutzausgaben von privaten Entsorgungsunternehmen im Bereich der Abfallentsorgung und Abwasserbehandlung zur Verfügung stehen. Als besonders wichtig wurde von allen Teilnehmern die Ergänzung von bisherigen wissenschaftlichen Ansätzen zur Schätzung und Berechnung von Beschäftigtenzahlen im Bereich des Umweltschutzes durch Ergebnisse der amtlichen Umweltstatistik angesehen. Und auch die Erhebung der schwierig abzugrenzenden integrierten Umweltschutzinvestitionen und die dazu bisher von der amtlichen Statistik vorgelegten Ergebnisse wurden von den Teilnehmern als richtiger und wichtiger Schritt der Umweltstatistiken in Richtung eines mit dem neuen Umweltstatistikgesetz verbesserten Datenangebots bewertet.

Soziales, Mikrozensus

4. Bericht Pflegestatistik 2003 - Ländervergleich: Pflegeheime

Die Ergebnisse der Pflegestatistik enthält der neue „4. Bericht Pflegestatistik 2003 – Ländervergleich: Pflegeheime“. Er sowie die drei vorausgegangenen Berichte zur Pflegestatistik sind kostenlos im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (http://www.destatis.de/allg/d/veroe/d_pflege99.htm) abrufbar.

Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe - neue Statistiken zur Kindertagesbetreuung

Am 13.09.2005 wurde das Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz – KICK) vom 8. September 2005 (BGBl. I S. 2729) im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.

Anfang Juli 2005 hat der Bundesrat dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz – KICK) zugestimmt. Dieses Gesetz enthält auch Ergänzungen und Erweiterungen für die Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

Die Änderungen in den Erhebungen betreffen die Statistiken:

- zu in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung geförderten Kindern,
- zu Kindern in mit öffentlichen Mitteln geförderter Kindertagespflege,
- zu Tagespflegepersonen,
- zum Ausbaustand des Angebots an Kindertagesbetreuung in den Kommunen,
- der Erzieherischen Hilfe,
- der Vaterschaftsfeststellungen.

Angaben zur Kindertagesbetreuung liegen in der amtlichen Statistik bislang für die Einrichtungen der Kindertagesbetreuung vor. Bei Kinderkrippen, Kindergärten, Horten und altersgemischten Einrichtungen wurden im Abstand von vier Jahren – zuletzt zum 31. Dezember 2002 – Angaben über die Einrichtun-

gen, die Zahl der genehmigten Plätze sowie zu dem in den Einrichtungen tätigen Personal erhoben. Über die in den Einrichtungen geförderten Kinder werden jedoch keine Daten erhoben. Diesem von vielen Seiten zunehmend als Mangel empfundenen Umstand trägt das KICK Rechnung, indem die Erhebung über Einrichtungen und tätige Personen in der Kindertagesbetreuung um Angaben zu den geförderten Kindern erweitert wird. Als neue Erhebungen sieht das KICK eine Erhebung zu den Kindern in Kindertagespflege, die durch die Jugendämter finanziell gefördert werden, sowie zu den Tagespflegepersonen vor.

Für in Tageseinrichtungen oder in Kindertagespflege geförderte Kinder werden neben Geschlecht und Alter Angaben zum Migrationshintergrund, die Dauer der täglichen Betreuung sowie ein nachgewiesener erhöhter Förderbedarf des Kindes gemäß dem Achten bzw. Zwölften Buch Sozialgesetzbuch erfragt, der in der Einrichtung bzw. in der Kindertagespflege zu einer entsprechenden Leistung führt. Ergänzt werden diese Informationen für die Kinder in Kindertageseinrichtungen um die Angabe, ob das Kind bereits die Schule besucht. Für Kinder in Kindertagespflege werden zusätzlich das Verwandtschaftsverhältnis zur Kindertagespflegeperson, der Umfang der öffentlichen Finanzierung sowie ein eventuelles weiteres Betreuungsarrangement erfragt. Die Erhebungen sind als Individualerhebung angelegt, das heißt die entsprechenden Angaben werden für jedes einzelne geförderte Kind erfragt.

Bei den Tagespflegepersonen wird ebenfalls nach Geschlecht und Alter gefragt. Weiter interessiert hier die berufliche Qualifikation der Tagespflegeperson für die Kindertagespflege. Dazu ist anzugeben, ob die Tagespflegeperson über einen fachpädagogischen Berufsausbildungsabschluss verfügt und ob sie einen Qualifizierungskurs für Kindertagespflege abgeschlossen hat. Weiter wird die Zahl der betreuten Kinder sowie der Ort, an dem die Betreuung erfolgt, erfragt.

Erstmals wird die erweiterte Erhebung zu Kindertageseinrichtungen, die zukünftig den Titel „Kinder und tätige Personen in Kindertageseinrichtungen“ trägt, zum Stichtag 15. März 2006 durchgeführt und ab dann in jährlichem Abstand statt bislang alle vier Jahre. Ebenfalls erstmals zum 15. März 2006 und dann jährlich wird die Statistik zu Kindern in Kinder-

tagespflege und zu den Tagespflegepersonen durchgeführt.

Auch über das Gesamtangebot an Plätzen der Kindertagesbetreuung wird erstmals zum 15. März 2006 eine Erhebung durchgeführt. Zweck der Erhebung ist es, einen Überblick über die Anzahl der Plätze in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und in Kindertagespflege zu erhalten. Die Ergebnisse liefern Daten über den Ausbaustand des Angebots an Kindertagesbetreuung in den Kommunen, die ein Angebot an Tagesbetreuungsplätzen für unter Dreijährige entsprechend den gesetzlichen Bedarfskriterien gemäß § 24 Abs. 3 SGB VIII erst bis zum Oktober 2010 schaffen.

In der Gesamtschau dieser Erhebungsergebnisse liegen zukünftig jährlich aktuelle Zahlen zur Situation der Kindertagesbetreuung in Deutschland vor. Diese Daten werden nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch im internationalen Bereich – etwa für den jährlichen Bildungsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und für EU-weite Vergleiche – benötigt.

Eine weitere Änderung der Kinder- und Jugendhilfestatistiken durch das KICK betrifft die Statistiken der Erzieherischen Hilfe. Ambulante und (teil-)stationäre Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gemäß den §§ 28 – 35, 41 SGB VIII werden zurzeit mit vier verschiedenen Erhebungsbogen zur Statistik gemeldet. Diese vier unterschiedlichen Erhebungsbogen werden zu einem gemeinsamen Erhebungsbogen für die genannten Hilfearten zusammengefasst. Gleichzeitig wird der Erhebungsbereich erweitert um Angaben zu „sonstigen“ Hilfen gemäß § 27 SGB VIII und um Eingliederungshilfen für seelisch behinderte oder von seelischer Behinderung bedrohte junge Menschen (§ 35a SGB VIII). Der Fragenkatalog wird entsprechend vereinheitlicht, wobei einige der bisherigen Fragen wegfallen, zum Beispiel die Frage nach dem Schulbesuch bei Beginn und Ende der Hilfe. Die neu konzipierte Erhebungsform kommt ab Januar 2007 zum Einsatz.

Mit In-Kraft-Treten des KICK entfällt die Statistik der Vaterschaftsfeststellungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken ersatzlos. Diese Angaben waren seit dem Kindschaftsrechtsreformgesetz von 1998 nur noch bedingt aussagekräftig, da seinerzeit neben den Jugendämtern auch anderen Stellen, zum

Beispiel Notaren oder Gerichten, die Möglichkeit zur Beurkundung von Vaterschaften eingeräumt wurde. Diese Stellen melden die Beurkundung dem zuständigen Standesamt. Den Jugendämtern liegen seitdem keine vollständigen Angaben über die beurkundeten Vaterschaftsfeststellungen mehr vor. Aus diesem Grund wird die Erhebung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken eingestellt.

Scientific-Use-File des Mikrozensus 2003

Beim Statistischen Bundesamt können ab sofort die faktisch anonymisierten Einzeldaten des Mikrozensus 2003 für Forschungszwecke bestellt werden. Wie für die bisher verfügbaren Scientific-Use-Files des Mikrozensus erfolgt die Lieferung der Daten zu Sonderkonditionen (Bereitstellungsgebühr von 65,- Euro), die durch eine Vereinbarung zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ermöglicht wurden.

Scientific-Use-Files des Mikrozensus können beim Statistischen Bundesamt bestellt werden. Nähere Informationen dazu erteilt Telefon 01888/644-8711, E-Mail: mikrozensus@destatis.de.

Darüber hinaus können sich interessierte Wissenschaftler an Ansprechpartner im Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim (German Microdata Lab, Postfach 122155, 68072 Mannheim, Telefon 0621/1246-265, Fax: -100, E-Mail: mikrodaten@zuma-mannheim.de) wenden. Das German Microdata Lab, ZUMA bietet im World Wide Web umfassende Informationen zu den Scientific-Use-Files an, wie zum Beispiel Setups zum Einlesen der Daten, Datendokumentationen, thematische Übersichten, Fragebogen, rechtliche Voraussetzungen der Datenweitergabe und Mikrodaten-Tools, siehe: <http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/GML/index.htm>.

Personalnachrichten

Statistischer Beirat

Dr. Hans-Jürgen Völz vertritt als Nachfolger von Botho Graf Pückler die Bundesvereinigung der

Deutschen Arbeitgeberverbände im Statistischen Beirat.

Als Nachfolgerin von Dr. Katharina Erdmenger wurde Dr. Christel Degen als Vertreterin des Deutschen Gewerkschaftsbundes in den Statistischen Beirat berufen.

Statistisches Bundesamt

Regierungsdirektorin Doris Stärk wurde die Leitung der Gruppe I C „Online-Dienste, Veröffentlichungen, Corporate Design“ übertragen.

Regierungsdirektor Peter Bleses, Referatsleiter in der Gruppe Z B „Haushalt, Kosten- und Leistungsrechnung, Innerer Dienst“, wurde mit der Wahrnehmung der Leitung der Gruppe III C „Input-Output-Rechnung, Vermögensrechnung“ beauftragt.

Regierungsdirektorin Karin Linkert, Leiterin der Gruppe IV D „Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus“ ist mit Ablauf des 30. September 2005 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit getreten.

Oberregierungsrat Roland Sturm, Referatsleiter in der Gruppe I A „Grundsatzfragen, Nationale und Internationale Koordinierung“, wurde in die Gruppe IV A „Unternehmensregister, Koordinierung der Unternehmensstatistiken, Klassifikationen“ umgesetzt.

Oberregierungsrat Elmar Wein, Referatsleiter in der Gruppe I B „Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“, wurde in die Gruppe IV D „Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus“ umgesetzt.

Oberregierungsrätin Susanne Hagenkört-Rieger wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Referatsleiterin in der Gruppe I C „Online-Dienste, Veröffentlichungen, Corporate Design“ beauftragt.

Jürgen Kiekenbeck wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Gruppe I C „Online-Dienste, Veröffentlichungen, Corporate Design“ beauftragt.

Oberregierungsrat Georg Heer, Referatsleiter in der Gruppe II B „IT-Infrastruktur, -Produktion“, wurde zum Regierungsdirektor ernannt.

Oberregierungsrat Stefan Hauf, Referatsleiter in der Gruppe III A „Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts“, wurde zum Regierungsdirektor ernannt.

Regierungsrätin z. A. Tanja Götzke wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Referatsleiterin in der Gruppe III A „Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts“ beauftragt.

Regierungsrat z. A. Jens Grütz wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Gruppe III B „Nationaleinkommen, Staatssektor, Außenwirtschaft“ beauftragt.

Oberregierungsrat Stephan Lücken, Referatsleiter in der Gruppe III D „Erwerbstätigkeit“, wurde zum Regierungsdirektor ernannt.

Oberregierungsrat Steffen Seibel, Referatsleiter in Gruppe III E „Umweltökonomische Gesamtrechnungen“, wurde in die Gruppe VI A „Wahlen, Volkszählungen, Gebäude und Wohnungen“ umgesetzt.

Regierungsrat Dr. Stefan Linz, Referatsleiter in der Gruppe V A „Preise“, wurde zum Oberregierungsrat ernannt.

Regierungsrätin Christiane Rosenow, Referatsleiterin in der Gruppe V B „Außenhandel“, wurde zur Oberregierungsrätin ernannt.

Regierungsrat Dr. Jörg Decker wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Gruppe V D „Löhne und Gehälter, Arbeitskosten“ beauftragt.

Regierungsdirektorin Karina Schorn, abgeordnet zum Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, wird in der Gruppe VI A „Wahlen, Volkszählungen, Gebäude und Wohnungen“ als Referatsleiterin eingesetzt.

Oberregierungsrätin Bettina Sommer, Referatsleiterin in der Gruppe VI B „Bevölkerung und Migration“, wurde zur Regierungsdirektorin ernannt.

Regierungsrat z. A. Sebastian Koufen, mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Gruppe VI C „Öffentliche Haushalte und Unternehmen“ beauftragt, wurde zum Regierungsrat ernannt.

Regierungsdirektorin Sigrid Nicodemus wird nach Ablauf ihrer Beurlaubung in der Gruppe VI C „Öffentliche Haushalte und Unternehmen“ als Referatsleiterin eingesetzt.

Oberregierungsrat Christopher Gräb, Referatsleiter in der Gruppe VI D „Steuern“, wurde zum Regierungsdirektor ernannt.

Regierungsrat Stefan Dittrich wurde zum Referatsleiter in der Gruppe VI D „Steuern“ bestellt.

Diplom-Geograph Torsten Schelhase wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Gruppe VIII A „Gesundheit“ beauftragt.

Regierungsrätin Kristina Kott wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Referatsleiterin in der Gruppe VIII D „Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets“ beauftragt.

Oberregierungsrat Thomas Krebs, Referatsleiter in der Gruppe VIII D „Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets“, wurde zum i-Punkt Berlin/ Europäischer Datenservice umgesetzt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Leitender Regierungsdirektor Rolf Nicolas, Leiter der Abteilung 1 „Zentrale Aufgaben, Allgemeine Verwaltung, Informationstechnik“, ist mit Wirkung vom 29. September 2005 zum ständigen Vertreter der Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg bestellt worden.

Statistisches Landesamt Hessen

Till Lachmann wurde mit Wirkung vom 1. März 2005 als wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Referat „Zentrales Veröffentlichungswesen, Marketing, Internet“ innerhalb der Abteilung P „Übergreifende Angelegenheiten, Informationen, Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Forschungsdatenzentrum“ eingestellt.

Dr. Frank Padberg, Leiter des Referates „Übergreifende Angelegenheiten, Analysen, Controlling, FDZ-Standort Hessen“ innerhalb der Abteilung P „Übergreifende Angelegenheiten, Informationen, Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Forschungsdatenzentrum“, wurde mit Wirkung vom 8. August 2005 zum Regierungsrat z. A. ernannt.

Regierungsobererrat Andreas Büdinger, Leiter des Referates „Bildung und Kultur“ in Abteilung III, wurde mit Wirkung vom 1. August 2005 die Leitung der Abteilung III „Bevölkerung, Bildung, Rechtspflege, Wahlen“ übertragen.

Regierungsrätin z. A. Ulrike Schedding-Kleis, Leiterin des Referates „Zentrale Einrichtungen“ innerhalb der Abteilung Z „Zentralabteilung“, wurde

mit Wirkung vom 15. August 2005 die Leitung des Referates „Bildung und Kultur“ der Abteilung III „Bevölkerung, Bildung, Rechtspflege, Wahlen“ übertragen.

Regierungsrätin Dr. Anne-Katrin Wincierz, Leiterin des Referates „Wohnen, Umwelt, Energiewirtschaft“ innerhalb der Abteilung IV „Produzierendes Gewerbe, Wohnen, Umwelt und Energie“, wurde mit Wirkung vom 1. April 2005 zur Regierungsoberärztin ernannt.

Regierungsoberarzt Dr. Peter Buck, Leiter des Referates „Steuern, Preise, lfd. Verdiensterhebungen, GLS und AKE“ innerhalb der Abteilung VI „Öffentliche Finanzen, Steuern, Preise und Löhne“, wurde mit Wirkung vom 1. Februar 2005 die Leitung des Referates „Öffentliche Finanzen und Steuern“ in der neu organisierten Abteilung VI „Öffentliche Finanzen, Steuern, Preise und Löhne“ übertragen.

Regierungsoberarzt Theodor Hefner, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat „Steuern, Preise, lfd. Verdiensterhebungen, GLS und AKE“ innerhalb der Abteilung VI „Öffentliche Finanzen, Steuern, Preise und Löhne“, wurde mit Wirkung vom 1. Februar 2005 die Leitung des Referates „Preise, Löhne und Gehälter, Insolvenzen, GLS und AKE“ in der neu organisierten Abteilung VI „Öffentliche Finanzen, Steuern, Preise und Löhne“ übertragen.

Leitender Regierungsdirektor Gerhard Simon, Leiter der Abteilung III „Bevölkerung, Bildung, Rechtspflege, Wahlen“, wurde mit Wirkung vom 30. Juni 2005 in den Ruhestand versetzt.

Tagungskalender

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
---------------	------------	--------

Tagungen im Zeitraum Juli bis September 2005

13. - 15. September 2005	Kamenz	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
15./16. September 2005	Hamburg	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
20. - 21. September 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
26. - 29. September 2005	Braunschweig	Statistische Woche
29. September 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handelsstatistik“ und Referentenbesprechung „Tourismusstatistik“

Tagungen im Zeitraum Oktober 2005 bis März 2006

5. Oktober 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigen“
5./6. Oktober 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
13. - 14. Oktober 2005	Magdeburg	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
17./18. Oktober 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen“ und Referentenbesprechung „Zeitbudgeterhebungen privater Haushalte“
26./27. Oktober 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeitsstatistiken“
4. November 2005	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
8. November 2005	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
8./9. November 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
9./10. November 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Neukonzeption des Gemeindeverzeichnisses“
9./10. November 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
16./17. November 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“

22. November 2005	Wiesbaden	Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“
22./23. November 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
22./23. November 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
22./23. November 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
23./24. November 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Lohnstatistik“
29./30. November 2005	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
30. November 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Insolvenzstatistik“
25./26. Januar 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Fragen der Landwirtschaftsstatistik“
7. - 9. Februar 2006	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
Februar 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensusvorbereitung“
21./22. März 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungsstatistik“
März 2006	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
März 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handelsstatistik“ und Referentenbesprechung „Tourismusstatistik“
März 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
März 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
März 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“